



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

BILANZ DER POLNISCHEN EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

■ ANALYSE

Zusammenhalten und unterstützen.

Ein Rückblick auf die polnische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2011 2
Kai-Olaf Lang, Berlin

■ DOKUMENTATION

Rede von Ministerpräsident Donald Tusk im Europäischen Parlament mit einer Bilanz der polnischen Ratspräsidentschaft, Straßburg, 14.12.2011 7

■ UMFRAGE

Einstellungen der polnischen Bevölkerung zur EU-Ratspräsidentschaft 10

■ CHRONIK

Vom 6. Dezember 2011 bis zum 16. Januar 2012 12

ANALYSE

Zusammenhalten und unterstützen.

Ein Rückblick auf die polnische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2011

Kai-Olaf Lang, Berlin

Zusammenfassung

Die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft (Juli bis Dezember 2011) war in Polen mit großem Ernst, beachtlichen Zielen und gründlichen Vorbereitungsmaßnahmen angegangen worden. Polen wollte der krisengeschüttelten Europäischen Union Zuversicht und neuen Schwung verleihen, in schwierigen Zeiten europäische Gemeinsamkeit unterstreichen und die Integration festigen. Polens Aktivitäten wiesen dabei in zwei Richtungen. Einerseits wollte Polen, wie jeder Vorsitz, die Liste seiner Prioritäten abarbeiten, die in den drei großen Rubriken »Wachstum«, »Sicherheit« und »Offenheit« zusammengefasst wurden. Andererseits ging es darum, Polens Selbstverständnis und Rolle in der EU längerfristig zu stärken. Außenminister Radosław Sikorski hatte zum Auftakt des Vorsitzes vor dem polnischen Sejm diesbezüglich die Prioritäten genannt: Polen wolle durch das kommende Halbjahr seine Position als Akteur der ersten Liga in der EU verbessern, sein Image als Land des wirtschaftlichen Erfolgs festigen, sich als »solider und solidarischer Staat« und als Mitgliedsland zeigen, das Freiheit und Demokratie unterstützt. Was von der polnischen Ratspräsidentschaft bleibt, ist ihr entschlossenes Eintreten für »mehr Europa« und gegen innere Spaltungen. Polen geht aus der Ratspräsidentschaft als Bannerträger der Einheit und Gemeinschaftlichkeit heraus.

Trotz oder wegen des anspruchsvollen und wiederholt vorgetragenen Zielkatalogs der polnischen EU-Ratspräsidentschaft war sich Polens Regierung bewusst, dass es schwer werden würde, vom Sessel der Ratspräsidentschaft kreativ in die politische Dynamik der EU einzugreifen. Denn zahlreiche Restriktionen erschwerten es selbst einem Land wie Polen, das mit seiner Größe, seinen beachtlichen wirtschaftlichen Erfolgen und vielen Sympathien seitens der Partner zu seinem Präsidentschaftshalbjahr angetreten war, einen aktiven »Lenkungsvorsitz« zu praktizieren, bei dem über bloße Ablaufprotokolle auch eine politische Handschrift sichtbar werden würde. So war Warschau denn auch mit dem Näherücken der Präsidentschaft bemüht, die auch von außen herangetragenem hochgesteckten Erwartungen zu dämpfen. Die Regierung von Donald Tusk wollte Realismus und Ambitioniertheit in ein Gleichgewicht bringen. Denn in der Tat zeichnete sich in der Praxis bald ab, was im Prinzip schon vorher bekannt war: Polens Ratsvorsitz war durch zumindest drei große Sachverhalte limitiert, die das Handeln der Ratspräsidentschaft im Allgemeinen und einige der polnischen Schwerpunktfelder im Besonderen einschränkten: durch den Kompetenzzuschnitt bzw. -entzug des Lissabon-Vertrags, durch Entwicklungen in der südlichen und östlichen Nachbarschaft der EU und durch die überragende Bedeutung der Eurozonen-Krise.

Polen und die Verwerfungen in der Eurozone

Zweifelsohne waren die Krisenerscheinungen in der Eurozone bzw. die Anstrengungen zu einer Verbesserung der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung

in der Währungsunion und der gesamten EU das europapolitische Großthema, das auch die polnische Ratspräsidentschaft überlagerte. Als Nicht-Eurostaat hatte Polen in diesem Zusammenhang ohnehin kaum Möglichkeiten, direkt an den primär Eurozonen-internen Diskussionen über die Stabilisierung der Gemeinschaftswährung bzw. einiger ihrer Mitgliedstaaten teilzunehmen: Polen konnte in den entscheidenden Gremien und Foren schlicht nicht präsent sein – es nimmt nicht an den Eurozonen-Gipfeln teil und ist nicht in der Eurogruppe (also den Sitzungen der Eurozonen-Finanzminister), im Eurosystem der Europäischen Zentralbank oder dem Rettungsfonds ESFS vertreten. Hierbei darf aber nicht vergessen werden, dass der Schwerpunkt der einschlägigen Diskussionen und Politikinitiativen faktisch ohnehin beim deutsch-französischen Tandem bzw. dem Präsidenten des Europäischen Rats lag. Auch als Eurozonen-Mitglied hätte Polen wohl nur begrenzt Einfluss ausüben können. Nachdem der polnische Wunsch nach einer Teilnahme von Finanzminister Jacek Rostowski (als Vorsitzender des ECOFIN-Rates) an den Sitzungen der Eurogruppe durch Frankreich zurückgewiesen worden war, sah Polen seine Rolle primär darin, bei den Stabilisierungsanstrengungen in der Eurozone zu assistieren, indem etwa wichtige Begleitmaßnahmen zur Stärkung der EU-weiten Haushaltsdisziplin und Wettbewerbsfähigkeit akzentuiert wurden. Der wichtigste Schritt hierbei war sicherlich der sog. Six-Pack, ein Reformpaket zur Intensivierung der europäischen Regelkonformität im Bereich der Wirtschafts- und Budgetpolitik. Dieser Überhang aus der vorangegangenen ungarischen Präsidentschaft wurde mit aktiver polni-

scher Begleitung in Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und den Regierungen der Mitgliedstaaten unter Dach und Fach gebracht.

Eine zweite, mittelbare Form der Unterstützung für eine effizientere Economic Governance sah Polen in der auch in der Prioritätenhierarchie ganz vorne rangierenden Wachstumsagenda. Der weitere Ausbau des Binnenmarktes und die Erschließung neuer Quellen des Wachstums standen im Zentrum der polnischen Bemühungen – auch wenn die diesbezüglichen Schritte (Bericht über Wachstumspotentiale oder das Binnenmarktforum in Krakau) eher Signalwirkung hatten als reale Prägekraft.

Finanzminister Rostowski (wie auch die polnische Regierung insgesamt) sah sich insgesamt in der Rolle eines Mahners, der die Eurostaaten immer wieder dazu aufforderte, rasch notwendige Schritte zu tun, da ansonsten dunkle Szenarien eintreten könnten. Für großes mediales Echo sorgte insbesondere Rostowskis Bezugnahme auf einen ihm bekannten Banker, der im Falle verschärfter wirtschaftlicher Krisen auch Kriegsgefahren in Europa sah. Weniger dramatisch, aber gleichwohl mit klarem Appell erklärte Polens Finanzminister aber auch, man stehe vor der Wahl zwischen »vertiefter makroökonomischer Integration in der Eurozone oder deren Kollaps«. Mit einem klaren Seitenhieb auf Deutschland kritisierte Rostowski zwei »gefährliche Populismen« in der europäischen Politik – den der finanziellen Verantwortungslosigkeit, aber auch den fehlender Solidarität mit Hilfsbedürftigen.

Stand im Kontext der Eurozonen-Krise zunächst das Motiv der inhaltlichen und prozeduralen Unterstützung im Vordergrund, schob sich in der zweiten Hälfte der Ratspräsidentschaft ein anderer Aspekt ins Zentrum polnischer Aktivitäten. Die alte polnische Sorge, infolge intensiver innereuropäischer, konkret Eurozonen-spezifischer, Integrationsschritte ins Abseits zu geraten, fand mit der wieder aufkeimenden Debatte über »Kern-europa« neue Nahrung. Schon die wuchtige Rede, die Außenminister Sikorski am 28. November 2011 in Berlin gehalten hatte, stand stark im Zeichen polnischer Einbindungswünsche. Denn abgesehen davon, dass der polnische Außenminister Deutschland europapolitisch in die Pflicht nahm und gleichzeitig polnischen Sukkurs für Berlin ausdrückte, machte er auch unmissverständlich deutlich, dass Polens Unterstützung für Reformen in der Eurozone an die Involvierung in deren Konstruktion gebunden sei. Kurz danach präsentierte Warschau eine Reihe konkreter Vorschläge, die – mit Blick auf den Dezember-Gipfel der Staats- und Regierungschefs – die An- und Einbindung der zehn Nicht-Eurostaaten in die aufgewerteten Harmonisierungs- und Koordinierungsmechanismen der Eurozone und eine weiterhin hervor-

gehobene Rolle der Gemeinschaftsorgane sicherstellen sollten. Auch wenn der Europäische Rat aufgrund des britischen Widerstands keine Lösung im Rahmen der 27 brachte, so konnte Polen zunächst mit dem Ergebnis zufrieden sein, das die Gefahr eine Spaltung zwischen den 17 Euroländern und den zehn Nicht-Eurostaaten reduzierte. Polen war kein Euro-Outsider, sondern hob seine Position als Pre-In der Eurozone, also als künftiges Mitglied, hervor, das es vorab zu berücksichtigen gelte.

Polen und die östlichen Nachbarn

Schwerpunkt im Bereich der Außenpolitik sollten die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn der EU sein. Als Koautor der Östlichen Partnerschaft (ÖP), die als kombinierter bi- und multilateraler Rahmen innerhalb der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) die Beziehungen zu den Ländern Osteuropas und des südlichen Kaukasus voranbringen soll, wollte Polen diese Politikinitiative festigen und vertiefen. Gerade bei dieser »Top-Priorität« wurden die vielfachen Einschränkungen für präsidenschaftliches Handeln sichtbar. Mit dem Lissabon-Vertrag war das Gros der Kompetenzen zur Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik (HV) und zum (im Aufbau befindlichen) Europäischen Auswärtigen Dienst gewandert. Mit der im Frühjahr erfolgten »Durchsicht« der ENP, die unter Federführung der HV und des für Nachbarschaftsfragen zuständigen Kommissars Stefan Füle erstellt wurde, waren Kernprinzipien und Modifikationen der Nachbarschaftspolitik (wie etwa die Hinwendung zu mehr Konditionalität durch den Grundsatz »more for more«) bereits festgezurrt. Vor allem aber brachten die Ereignisse an den europäischen Peripherien beachtliche Restriktionen. Durch den »arabischen Frühling« richtete sich die außen- und nachbarschaftspolitische Aufmerksamkeit vor allem nach Nordafrika und Nahost. Die Politik des regierenden Lagers von Viktor Janukowitsch in der Ukraine und die Repressionen des Regimes von Alexander Lukaschenko in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen Ende 2010 ließen bezüglich der östlichen Partner in der EU den Eindruck von Stagnation und Rückschritt aufkommen. Insofern hatte Polen bei seinem Engagement für die Östliche Partnerschaft mit institutionellen, konzeptionellen und realen Grenzen zu kämpfen. Diese wollte man durch

- informelle Kanäle (etwa durch enge Kontakte und gute Abstimmung des polnischen Außenministers mit der HV und anderen Mitgliedstaaten oder durch Nutzung von Formaten wie das Gymnich-Treffen der Außenminister in Zoppot),
- Aktivitäten für die südliche Nachbarschaft (um zu zeigen, dass Polen sich nicht allein für den Osten interessiert),

- die Unterstützung für die EU-Russland-Kooperation (um die pragmatischen Polen-Russland-Beziehungen auch für die EU zur Verfügung zu stellen, wie etwa beim Thema Kaliningrad) sowie durch
- die Chance kompensieren, die sich durch den Gipfel der Östlichen Partnerschaft bot. Dieser sollte ursprünglich von der ungarischen Präsidentschaft organisiert werden, fand nun aber Ende September in Warschau statt.

Warschau verfolgte angesichts der schwierigen Gesamtlage letztlich eine zweigleisige Strategie. Einerseits wollte man die Partner in der EU weiterhin zu einem Bekenntnis zu langfristig ambitionierten Perspektiven für die Kontakte mit den östlichen Nachbarn bringen. Faktisch sollten sich diese an einer weitgehenden wirtschaftlichen Integration mit Einbindung in den EU-Binnenmarkt orientieren – dies zumindest hatten Außenminister Sikorski und sein schwedischer Amtskollege noch im Oktober 2010 in einem Brief an die HV anvisiert. Dabei wollte man das alte Drängen auf eine prinzipielle Mitgliedschaftsperspektive nicht direkt verankern (Polen kannte die Position in der EU und war daher pragmatisch), aber man wollte diese auch nicht ausschließen. Die entsprechenden Passagen in der Erklärung zum (seitens der EU »recht gut besuchten«) Gipfel der ÖP müssen eher als realistische Besitzstandswahrung, denn als Skizzierung anspruchsvoller Ziele gewertet werden, aber angesichts der um sich greifenden Osteuropa-Ermüdung in der EU war auch kaum mehr zu erwarten.

Andererseits war Warschau daran interessiert, die ÖP praktisch zu konsolidieren und wichtige Politikprozesse am Laufen zu halten. Angesichts der Irritationen um die ukrainische Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko war Polen daran gelegen, trotz einer wachsenden Frustration über die Führung in Kiew die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen zu finalisieren. Insofern war es ein Erfolg, dass während der polnischen Präsidentschaft das sensitive Handelsübereinkommen (DCFTA), ein integraler Bestandteil des geplanten Assoziierungsvertrags, verhandelt wurde und damit das Assoziierungsabkommen inhaltlich komplettiert werden konnte (zusammen mit einigen weiteren politischen Fragen). Polen war realistisch genug, nicht auf einer öffentlichkeitswirksamen Paraphierung des Assoziierungsabkommens zu insistieren, trug aber insgesamt dazu bei, dass im Falle eines künftigen Einlenkens der ukrainischen Regierung in der Timoschenko-Frage Paraphierung und Ratifizierung rasch angegangen werden können. Insgesamt sah Polen aber, wie wenig Einfluss es gegenwärtig auf die Machthaber in Kiew ausüben kann. Denn trotz bilateraler Bemühungen (etwa durch Staatspräsident Bronisław Komorowski), gaben Janukowitsch und die Seinen nicht nach. Ernüchternd

waren Polens Versuche, Belarus trotz dessen Selbstisolierung zumindest symbolisch an die EU anzudocken, dies wurde durch das Nein des Minsker Außenministers zur Teilnahme am ÖP-Gipfel deutlich. In Anbetracht dessen war es für Polen positiv, dass es für Moldova und Georgien grünes Licht für Gespräche zum Handelsteil ihrer Assoziierung gab. Dies signalisierte, dass der so wichtige Prozess des Aushandels von Assoziierungsabkommen trotz Schwierigkeiten mit dem einstigen Musterland Ukraine weitergeht.

Jenseits der Vertrags- und Verhandlungsebene konzentrierte sich Polen vor allem auf zwei Aspekte der Nachbarschaftspolitik: Zum einen wurde die sektorale Zusammenarbeit vorangebracht, mehrere bislang schwach akzentuierte Politikfelder wie etwa Regionalentwicklung, Landwirtschaft oder Verkehr wurden auch im multilateralen Kontext angesprochen. Zum anderen wurde die gesellschaftliche und zwischenmenschliche Komponente der Nachbarschaftspolitik betont. Hierzu gehören Maßnahmen im Bereich Visa. Die Mitgliedstaaten hielten – wenn auch zögerlich – an der Perspektive des visafreien Personenverkehrs fest, mehrere unterstützende Maßnahmen wurden aufrechterhalten (Einbindung des Söderköping-Prozesses in die ÖP; Treffen des Prager-Prozesses). Während das in Polen abgehaltene Zivilgesellschaftliche Forum im engeren Sinne nicht Bestandteil der regierungsoffiziellen Ratspräsidentschaft war, konnte mit dem Endowment for Democracy ein Projekt (nach einigen Widerständen etwa in Deutschland) auf den Weg gebracht werden, das die Festigung bürgergesellschaftlicher Strukturen in den Nachbarschaften zu einem sichtbaren europäischen Handlungsfeld macht.

Insgesamt war der Bereich Östliche Partnerschaft gekennzeichnet durch ein eher konservatives, wenn nicht defensives Präsidentschaftsverhalten, das angesichts mannigfacher Einhegungen keine großen Initiativen anschoß, sondern eher Bestehendes ausbaute und fortentwickelte. Polen wollten bewahren und sichern, Ambitionen nicht nach unten schrauben lassen und darauf achten, dass Fokus und Ressourcen der EU nicht übermäßig nach Süden abdriften.

Polens Rolle

Abgesehen von diesen beiden zentralen Bereichen der polnischen Ratspräsidentschaft gab es eine Vielzahl anderer Prioritäten und Themenbereiche. Betrachtet man diese im Vergleich, so ergeben sich wichtige Anhaltspunkte dafür, wie Polen die wesentlichen Handlungsanforderungen erfüllt hat, mit denen ein Vorsitz konfrontiert ist. Polen hat auf der Ebene des Prozessmanagements sicherlich professionell gearbeitet. Eine europapolitisch nicht unerfahrene und große Adminis-

tration hat dazu beigetragen, dass keine größeren organisatorischen Betriebsunfälle stattfanden und ein solide Koordinierung und Vorbereitung von Ratsformationen und Arbeitsgruppen umgesetzt wurde. Wenig Spielraum blieb für neue Initiativen. Polen war, wie vermutlich alle Präsidenschaften unter dem Lissabon-System, kaum Impulsgeber, sondern eher Weiterführer und Konsolidierer von Politikfeldern. Erfolgreich war man am ehesten noch mit dem Endowment for Democracy. Schon bei der sogar mit Deutschland und Frankreich lancierten und von Italien und Spanien unterstützten Idee zur Vertiefung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gelangte Warschau an Grenzen, ließ sich doch trotz Hilfe der Hohen Vertreterin der Widerstand Großbritanniens nicht brechen. Aufgrund der Dominanz der Eurozonen-Thematik, die die politische Energie der europäischen Eliten weitgehend absorbierte, gab es für Polen auch kaum Möglichkeiten, strategische oder richtungsändernde Entwicklungen in anderen Politikfeldern anzustoßen. So blieb Warschau vor allem die schwierige Funktion der Vermittlung, die etwa beim »Six-Pack« oder beim europäischen Patent, aber auch beim Aushandeln der ÖP-Erklärung erfolgreich bestritten wurde.

Insofern gab Polens Ratspräsidenschaft wichtige Hinweise für die Funktionen, die Präsidenschaften unter den Prämissen von Lissabon und im Zeichen einer wirtschaftlichen Dauerkrise erfüllen können. So kann wohl selbst ein ambitioniertes, selbstbewusstes, anerkanntes und gut vernetztes Mitgliedsland kaum noch prägen und gestalten. Zwar waren Ratsvorsitze immer schon zu einem Großteil von Routinen und vorgegebenen Anforderungen stranguliert, doch wird es immer schwieriger, alte Pfade auszubauen oder gar neue anzulegen. Organisieren, Assistieren und Unterstützen scheint wichtiger als spektakuläre Initiativen, agenda setting oder markante Führung. Und schließlich: Angesichts des Kompetenzzugs für Ratspräsidenschaften sind Bilateralismen, informelle Kanäle und Glaubwürdigkeit wichtige Ressourcen, um dennoch punktuell Entscheidungen und Kompromisse zu gestalten.

Polens Präsidenschaft und Polens Europapolitik

Jenseits des eigentlichen Auftritts der Ratspräsidenschaft und der Abarbeitung der selbstgesetzten oder vorgegebenen Prioritäten gab es eine zweite Ebene des polnischen Halbjahrs – nämlich die der polnischen Europapolitik. Polen befindet sich seit dem Regierungswechsel von 2007 in einer stetigen politischen Aufwertung in der EU. Neue Partner, neue Themen und neue Handlungsformen haben diese Phase gekennzeichnet. Der Ratsvorsitz sollte aus Sicht der Warschauer Regie-

rung diese Tendenz verstärken und über den Sechsmonatsabschnitt hinaus wirken. Im Großen und Ganzen ist dieses Vorhaben gelungen. Auch wenn Polen faktisch nur wenig bewegen und gestalten konnte, hat Polen seine Erstlingspräsidenschaft nicht nur als abzuleistende Pflichtübung umgesetzt, sondern auch als Chance zur Beförderung seiner europapolitischen Interessen und seines integrationsfreundlichen Ansatzes genutzt. Vier Sachverhalte fielen hierbei besonders auf.

Erstens hat die Präsidenschaft wie erwartet dazu beigetragen, die polnische Europapolitik nochmals thematisch zu verbreitern. Hatte Polen in der Vergangenheit vorrangig das Feld der weit verstandenen Sicherheit bespielt (Sicherheit vor Russland, Sicherheit vor Instabilität in der direkten Nachbarschaft, Energiesicherheit usw.) und darüber hinaus vor allem auf die Sicherung von finanziellen Transfers aus Brüssel gesetzt, erschloss sich Polen nach und nach weitere Politikfelder, auf denen es teils dezidiert auftrat. Der Ratsvorsitz hatte per se den Effekt, dass Polen sich mit der gesamten Palette europäischer Politik auseinandersetzte. Polen wird nun noch besser als zuvor in der Lage sein, in prinzipiell jedem Politikbereich mitzureden und eventuell mitzugestalten.

Zweitens gelang es Polen, eine Reihe von europapolitischen Kenn- und Markenzeichen zu etablieren. Polen profilierte sich als gemeinschaftstreuer, integrationsbefürwortender Hüter der Einheit und des Zusammenhalts der Europäischen Union. Dieses in der Schlussphase der Präsidenschaft deutlich hervorgetretene Charakteristikum ist sicherlich in der breiteren europäischen Öffentlichkeit sowie im politischen Prozess ein neuer Akzent – galt doch Polen zuvor eher als eindimensionaler Experte für Solidarität.

Drittens hat sich – wie bei jeder Präsidenschaftspremiere – die Europafähigkeit der polnischen Administration nochmals gesteigert. Nicht nur die ehemalige Behörde des Komitees für Europäische Integration (Urząd Komitetu Integracji Europejskiej – UKIE), die in das Außenministerium eingegliedert worden war und mit der dort befindlichen EU-Expertise die Herzkammer der polnischen Europapolitik bildet, sondern zahlreiche andere Ressorts und Ämter haben nun personell und institutionell europapolitische Kompetenzzuwächse zu verbuchen.

Und viertens hat Polen seinen alten Ruf als eigennutzorientierter Partikularist gekonnt durch das Image eines ehrlichen Maklers ersetzt. Geschickt agierte man insbesondere bei Themen, wo man ein klares Eigeninteresse hatte – so etwa beim mehrjährigen Finanzrahmen. Hier ging es Polen primär darum, den Prozess voranzubringen, aber ungünstige Weichenstellungen zu verhindern, ohne als parteiisch zu gelten. Eingerahmt in einen Diskurs, demzufolge Wachstum allgemein ange-

strebt werde und ein großes Budget das beste Instrument zur Generierung von Wirtschaftswachstum sei, ist Warschau tatsächlich in der Lage gewesen, eine Reduktion des Budgets oder eine Neuausrichtung der Kohäsionspolitik abzuwenden. Seit Januar 2012 hat Warschau nun wieder die Möglichkeit, seine Interessen offen zu verfolgen und aktiv einzugreifen, wenn es faktisch um Zahlen geht. Auch bei der Klimapolitik hat es Polen durch sein Agieren im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Durban vermocht, zumindest seinen Ruf als destruktiver Verhinderer ein wenig abzuschütteln.

Fazit: Zusammenhalten und Unterstützen

Polens Ratspräsidentschaft zeigte nicht zuletzt einen Sachverhalt: Ein Vorsitz kann in vielerlei Hinsicht effizient und weitgehend fehlerlos agieren und dennoch wenig erreichen. Diese Nachricht ist ernüchternd, für Polen und seine Position in der EU aber durchaus positiv. Dass die während der EU-Ratspräsidentschaft abgehal-

tenen Parlamentswahlen bzw. der Wahlkampf in Polen nicht negativ auf die Führung der Amtsgeschäfte wirkten, zeugt davon, dass eine konsolidierte operative Basis und eine verantwortungsvolle politische Führung die polnische Europapolitik gekonnt umsetzen können – und das, obwohl ein europapolitischer Konsens fehlt. Insgesamt wird man behaupten können, dass Polen als EU-Ratsvorsitz vorrangig als Dienstleister und Assistent für die europäische Politik wirkte, und dabei den Gedanken der unfragmentierten Integration und des Zusammenhalts betonte. »Zusammenhalten und Unterstützen« war gewissermaßen die implizite Devise des polnischen Vorsitzes. Was von diesen beiden Komponenten der polnischen Ratspräsidentschaft bleibt, ist aber vermutlich weniger ihr Assistieren bei konkreten Themen, sondern ihr entschlossenes Eintreten für »mehr Europa« und gegen innere Spaltungen. Polen geht aus der Ratspräsidentschaft als Bannerträger der Einheit und Gemeinschaftlichkeit heraus.

Über den Autor

Dr. Kai-Olaf Lang ist Experte für Außen- und Sicherheitspolitik Polens, der Tschechischen Republik und der Slowakei; für den EU-Beitritt dieser Länder; den Transformations- und Konsolidierungsprozess in den Visegrád-Ländern in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, und stellvertretender Forschungsgruppenleiter der Forschungsgruppe Europäische Integration.

Rede von Ministerpräsident Donald Tusk im Europäischen Parlament mit einer Bilanz der polnischen Ratspräsidentschaft, Straßburg, 14.12.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein halbes Jahr ist seit unserer Zusammenkunft zu Beginn der polnischen Ratspräsidentschaft vergangen. Ich habe damals die große Verbundenheit der Polen und meiner Person mit der Idee des vereinten Europa erklärt.

Ich habe die Verbundenheit mit der Europäischen Gemeinschaft erklärt, weil mir bewusst war, dass wir die Ratspräsidentschaft während einer weitreichenden Krise übernehmen. Nicht nur einer Finanzkrise, sondern, wie wir schon damals vorhersahen, auch einer Vertrauenskrise. Und heute, das muss man wohl nachdrücklich sagen, möglicherweise auch einer System- und Politikkrise. Unsere Ratspräsidentschaft war, obwohl – oder vielleicht gerade weil – wir unser Debüt in dieser Rolle gaben, eine Präsidentschaft von Menschen, die entschlossen waren, die eigenen Aufgaben, die europäischen Aufgaben so gut wie nur konnten zu erfüllen. Wir haben nicht nur guten Willen in diese Ratspräsidentschaft eingebracht, sondern auch die Arbeit und die Fähigkeiten junger Polen, die hier, in Straßburg, in Brüssel, in Warschau und andernorts in Europa tätig waren. Wir haben uns an die Aufgaben im Bewusstsein unserer eigenen Möglichkeiten gemacht. An Aufgaben, die eine Routineverpflichtung jeder Präsidentschaft sind, darunter legislative Aufgaben. Ich werde nicht alles aufzählen, was wir in den vergangenen sechs Monaten getan haben. Ich habe in den letzten Tagen viele warme Worte über unser Engagement und unser effizientes Handeln gehört.

Es mag unbescheiden klingen, aber ich meine, dass die Polen diese Worte verdient haben, gerade weil sie mit soviel Glauben an den Sinn des gemeinsamen Europa an diesen Herausforderungen, die der polnischen Ratspräsidentschaft zufielen, gearbeitet haben. Gleich, ob es sich um das sogenannte Sixpack oder den Beitritt Kroatiens, die Östliche Partnerschaft, die Energiesicherheit oder andere Gesetzgebungsakte handelte, wie etwa das europäische Patent.

Überall dort ist es uns gelungen, mit unseren Verpflichtungen und unserer Arbeit die Schlussetappe zu erreichen. Hauptsächlich deshalb, weil die polnische Ratspräsidentschaft von Menschen ausgeübt wurde, die Europa als Gemeinschaft wirklich ernst nehmen und die trotz der Krise – oder vielleicht sage ich es anders – die gerade weil uns eine Krise erwischt hat, auch eine Vertrauenskrise, zeigen wollten, dass das Pflichtgefühl und das Engagement eines Europäers gerade in einer solchen Zeit noch ausgeprägter und dezidierter sein sollten.

Ich möchte diese Bilanz gerne zu einer ersten politischen Reflexion nutzen, die das Ergebnis der Erfahrungen dieser sechs Monate der polnischen Ratspräsidentschaft ist. Doch ich bin überzeugt, dass auch Sie ähnliche Gedanken und ein ähnliches Bedürfnis haben, das, was heute in Europa vor sich geht, beim Namen zu nennen. Denn trotz Zufriedenheit mit der getanen Arbeit kann ich heute nicht sagen, dass Europa Ende des Jahres 2011 ein einigermaßen Europa ist als vor sechs Monaten, vor einem Jahr oder vor fünf Jahren. Zum Abschluss der polnischen Ratspräsidentschaft kann ich nicht sagen, dass wir diese möglicherweise ernsteste Krise in der Geschichte des vereinigten Europas, die an unserem Kontinent nagt, gebannt haben. Ganz im Gegenteil: Wir müssen uns heute sehr offen sagen, dass wir an einem Scheideweg stehen. Wir haben eine sehr schwerwiegende Wahl vor uns: Gehen wir in dieser Krise bei der Suche nach Möglichkeiten und Methoden ihrer Überwindung einen gemeinschaftlichen Weg, suchen wir also nach einem europäischen Ausweg aus der Krise, oder gehen wir den Weg nationaler und staatlicher Einzelinteressen, indem wir uns egoistisch, jeder für sich auf diese Suche machen und die Gemeinschaft dabei als Ballast, und nicht als das beste Mittel gegen die Krise für die Europäer betrachten.

Ich möchte daran erinnern, dass die wahren Ursachen der Finanzkrise nicht die Institutionen der Gemeinschaft sind. Die Finanzkrise ist nicht im Europäischen Parlament, nicht in der Europäischen Kommission, nicht in anderen gemeinschaftlichen Institutionen entstanden. Nicht die europäische Europas ist die Quelle der Finanzkrise und folglich auch nicht der politischen Krise. Diese sechs Monate haben mit ganzer Macht gezeigt, dass genau das Gegenteil der Fall ist, dass diese Krise von der Gefahr eines Auseinanderfallens der Gemeinschaft genährt, ja gemästet wird. Wenn wir heute nicht sagen können, dass wir die Krise in den Griff bekommen haben, dann deshalb, weil sich Europa angesichts dieser Krise nicht immer wie eine Gemeinschaft verhält. Warum sprechen wir heute auch von einer politischen Krise? Weil zu viele Menschen in Europa, zu viele Politiker in Europa uns und Europa davon überzeugen wollen, dass der Ausweg aus der Krise darin besteht, vom gemeinschaftlichen Handeln abzugehen. Ich möchte sagen, dass dies nach meiner Überzeugung und der der polnischen Ratspräsidentschaft ein Krankheitssymptom ist. Die Krise greift heute das Gemeinschaftsgefühl an. Wenn wir heute in Europa die Meinung hören, man müsse die Fundamente der Gemeinschaft revidieren, dann ist das ein ganz eindeutiges Symptom dafür, dass die Krise auch unsere Herzen, und nicht nur unsere Banken angegriffen hat.

Der letzte Europäische Rat, der letzte EU-Gipfel hat sehr deutlich gezeigt, dass die einen nach Instrumenten nicht nur zur Rettung des Euro, sondern längerfristig auch zur Stärkung der Gemeinschaft suchen, dass es aber andere gibt, die meinen, das Mittel zur Rettung des Euro oder der Finanzlage der Staaten und Institutionen sei eine Lockerung der Gemeinschaft bis hin zu ihrer Destruktion. Ich beschuldige niemanden, denn beide Ansichten sind gleichberechtigt. Jeder kann seine eigene Meinung zur Zukunft Europas haben, doch wir können nicht so tun, als sei heute nicht unerschrocken eine Debatte im Gange, bei der es im Grunde nicht mehr nur über die Zukunft des Euro, sondern über die Zukunft der Gemeinschaft geht. Beim letzten Europäischen Rat haben wir Beschlüsse gefasst, die gerade einmal ein erster Schritt sind. Sowohl in Brüssel als auch in meinem Land habe ich alle zu überzeugen versucht, wenn wir nicht völlig mit diesem Gipfel zufrieden sind, dann deshalb, weil wir gerade einmal den ersten Schritt getan haben, weil es uns weiterhin an der ganzen Entschlossenheit mangelt, die nächsten Schritte schnell und entschieden im Rahmen und zum Wohl der Gemeinschaft zu tun. Wenn ich manche Kommentare höre – die bestimmt gutwillig waren, ich werfe niemandem bösen Willen vor –, aber wenn ich von Genugtuung geprägte Kommentare höre, dass Großbritannien wieder eine Insel und der Ärmelkanal vor unseren Augen breiter geworden sei als noch vor wenigen Wochen, dann sage ich offen, dass ich diese Genugtuung nicht begreife. Man mag die Entscheidungen von Politikern des einen oder anderen Landes nicht billigen, aber wir dürfen uns nicht so öffentlich darüber freuen, dass vor unseren Augen die Distanz zwischen den Mitgliedstaaten wächst. In diesem Fall zwischen Großbritannien und der Europäischen Gemeinschaft. Doch ich möchte auch sagen, dass es auch andere Kommentare gegeben hat. Zum Beispiel solche, dass irgendeine Hauptstadt gegen andere Hauptstädte gesiegt habe. Wir wissen, dass Europa nicht nur für die Zeit dieser Krise, sondern auch für die Zukunft eine starke politische Führung braucht. Bei diesem Europäischen Rat und im Laufe dieser sechs Monate war ich Zeuge dieses noch nicht präzise benannten, aber großen europäischen Streits. Wird die politische Führung Europas das Ergebnis einer gnadenlosen Konkurrenz zwischen Nationalstaaten und der Effekt dieser Konkurrenz die Dominanz von ein, zwei oder drei Hauptstädten über die anderen sein? Oder wird, im Gegenteil, die politische Führung Europas eine gemeinschaftliche Führung zugunsten der gesamten Gemeinschaft sein? Es ist sehr wichtig, dass wir die Bilanz jedes folgenden Treffens in der Überzeugung werden ziehen können, dass die Gemeinschaft den Egoismus immer wieder besiegt. Und nicht, dass irgendjemand gegen irgendjemanden in dieser auseinanderfallenden Gemeinschaft gesiegt hat. Ich möchte nach diesen sechs Monaten auch sagen, dass Europa eine gemeinsame Gewissenserforschung nötig hat. Wir dürfen heute nicht mit dem Finger zeigen: »Oh, da ist die Ursache der Krise«, »oh, dieser arme Staat im Süden ist der Grund dafür, dass wir alle Schwierigkeiten haben«. Wir brauchen auch eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunft. Das nördliche Europa, das sich seiner Disziplin rühmt, muss anfangen, auch die Notwendigkeit der Solidarität besser zu verstehen. Und der Süden Europas muss begreifen, dass gemeinsame Verantwortung auch mehr Disziplin bedeutet.

Wir müssen uns auch sehr deutlich sagen, dass die Ursache der Krise, die nicht nur eine Finanz-, sondern auch eine Politikkrise ist, in Verstößen gegen unsere gemeinsamen Verpflichtungen liegt, auch den aus den Verträgen resultierenden Verpflichtungen, und dass diese Verstöße nicht jüngsten Datums sind. Jeder möge sein eigenes Gewissen prüfen. Jeder möge darüber nachdenken, wann er begonnen hat, gegen den Vertrag von Maastricht zu verstoßen. Jeder möge darüber nachdenken, ob er auch bestimmt bereit ist, die Bestimmungen von Schengen einzuhalten. Wir – die, die Anhänger eines wirklich integrierten gemeinschaftlichen Europa sind – müssen uns heute sehr deutlich sagen, dass wir mehr Entschlossenheit bei der Verteidigung der europäischen Fundamente brauchen und keine permanente Diskussion über eine Revision der europäischen Fundamente. Deshalb möchte ich die polnische Ratspräsidentschaft auch mit einem Appell an die Adresse ohne Ausnahme aller europäischen Führer beschließen, diese Anstrengung zur Stärkung der Gemeinschaft zu unternehmen, indem sie bei sich selbst anfangen, und nicht nach Methoden zur Desintegration, zur Exklusion oder zur Teilung Europas suchen. Wir sind gegen eine Einteilung in Bessere und Schlechtere, wir sprechen uns vielmehr für eine zunehmende politische Einheit Europas aus. Wir sind für ein gemeinsames Verantwortungsbewusstsein, gegen egoistische Verantwortungslosigkeit. Wir sind gegen Ausschlüsse, denn die Gemeinschaft muss auf Solidarität beruhen, auch dann, wenn sich bisweilen einer in einer schlechteren und ein anderer in einer besseren Lage befindet. Wir brauchen echte politische Führung, denn Europa verdient rasche Entscheidungen. In der aktuellen Finanzkrise, aber auch in der Zukunft. Die Krise hat sich als ein großer Test für die Effizienz der Gemeinschaft erwiesen. Wir müssen ein ernstes Gespräch über größere politische Effizienz von Europa beginnen.

In der Zukunft wird es andere Krisen und andere Konflikte geben. Diese Krise hat uns gezeigt, und es ist wirklich gut, dass es so gekommen ist, dass Europa als Gemeinschaft nicht immer schnell reagiert, weil es an dem grundlegenden Fundament mangelt, dem Vertrauen in die Institutionen, die wir gegründet haben. Diese Führung darf nicht in der Führung von ein, zwei oder drei Staaten, und seien es die stärksten, bestehen, es darf auch nicht in der Führung von Technokraten bestehen, weil sie kein demokratisches Mandat haben. Diese Führung muss einen politischen

Charakter besitzen, sie muss ein demokratisches Mandat haben, und sie muss von allen akzeptiert werden. Damit sie Verpflichtungen von allen einfordern kann. Es muss eine Führung sein, die sich auf die europäischen Institutionen stützt. Ich möchte sagen, dass wir ebenso, wie wir in den nächsten Stunden, Tagen und Wochen rasche Entscheidungen brauchen, um den Euro zu retten und die Eurozone zu stabilisieren, auch eine ehrliche, intensive Diskussion über ein neues politisches System für Europa brauchen. Wir dürfen uns nicht länger täuschen. Nicht alle akzeptieren heute die Ordnung der Gemeinschaft, und darüber wir dürfen uns nicht länger täuschen. Heute können wir die Grundsätze, die wir selbst einmal eingeführt haben, nicht einfordern. Wenn es uns passt, umgehen wir heute vertragliche Verpflichtungen. Sagen wir uns also ehrlich: Erforderlich ist eine sehr tiefgreifende, sehr ernste Debatte über ein politisches System für Europa, das Europa eine gemeinschaftliche Führung gibt. Das Motto unserer Ratspräsidentschaft »Mehr Europa in Europa« hat in Wirklichkeit also auch seine politische Dimension. Ich bin der Ansicht, dass dies der Ort dafür ist; lassen Sie sich dieses offensichtliche historische und politische Mandat nicht wegnehmen. Dies ist der Ort, der zu einer verfassungsgebenden Versammlung für Europa werden sollte. Nichts wird so bleiben, wie es vor der Krise war. Ein *Status quo ante bellum* kommt nicht in Frage. Europa wird mit Sicherheit nach der Krise anders aussehen. Bleibt nur die Frage, ob es zerschlagen oder ob es stärker integriert sein wird. Dasselbe wird es bestimmt nicht sein, und deshalb sollte das Europäische Parlament – denn Sie haben das demokratische Mandat, Sie sollten, wie ich meine, diese große Herausforderung auf sich nehmen – die moderne verfassungsgebende Versammlung für dieses neuentstehende Europa werden.

Denn vor unseren Augen entsteht ein neues Europa. Lassen Sie uns alles dafür tun, dass es ein gemeinsames, und kein geteiltes Europa sein wird. Dieses tiefe Nachdenken darf nicht bloße Dekoration bleiben, wie in der Vergangenheit immer wieder geschehen. Wir hatten Gruppen der Weisen, Task-Groups und Ausschüsse. Alle wussten, dass wir mit diesem Nachdenken für die Zukunft bereit sein müssen, aber es sind keine Grundpfeiler einer neuen Ordnung entstanden, und die Krise hat uns das mit aller Deutlichkeit und mit aller Macht gezeigt. Es geht nicht um Tausende und Abertausende neuer Vorschriften. Es geht darum, die Balance zwischen dem Nationalen und dem Gemeinschaftlichen und das Vertrauen wiederherzustellen, gestützt auf eine Handvoll verständlicher Grundsätze. Grundsätze, die wir alle akzeptieren können, und die wir von denen einfordern können, die gegen sie verstoßen wollen. Das ist die Schlüsselaufgabe für – wie ich meine – das Europäische Parlament als die moderne verfassungsgebende Versammlung, die diese Grundpfeiler der neuen politischen Ordnung errichten wird. Es geht nicht darum, Angst einzujagen – die Krise ängstigt die Menschen genug. Doch wenn wir diese Aufgabe nicht bewältigen, werden kommende Generationen nicht nur der Krise die Schuld geben, sondern auch uns. Entweder kämpfen wir heute um das künftige Europa, oder wir werden diesem Europa morgen nachweinen.

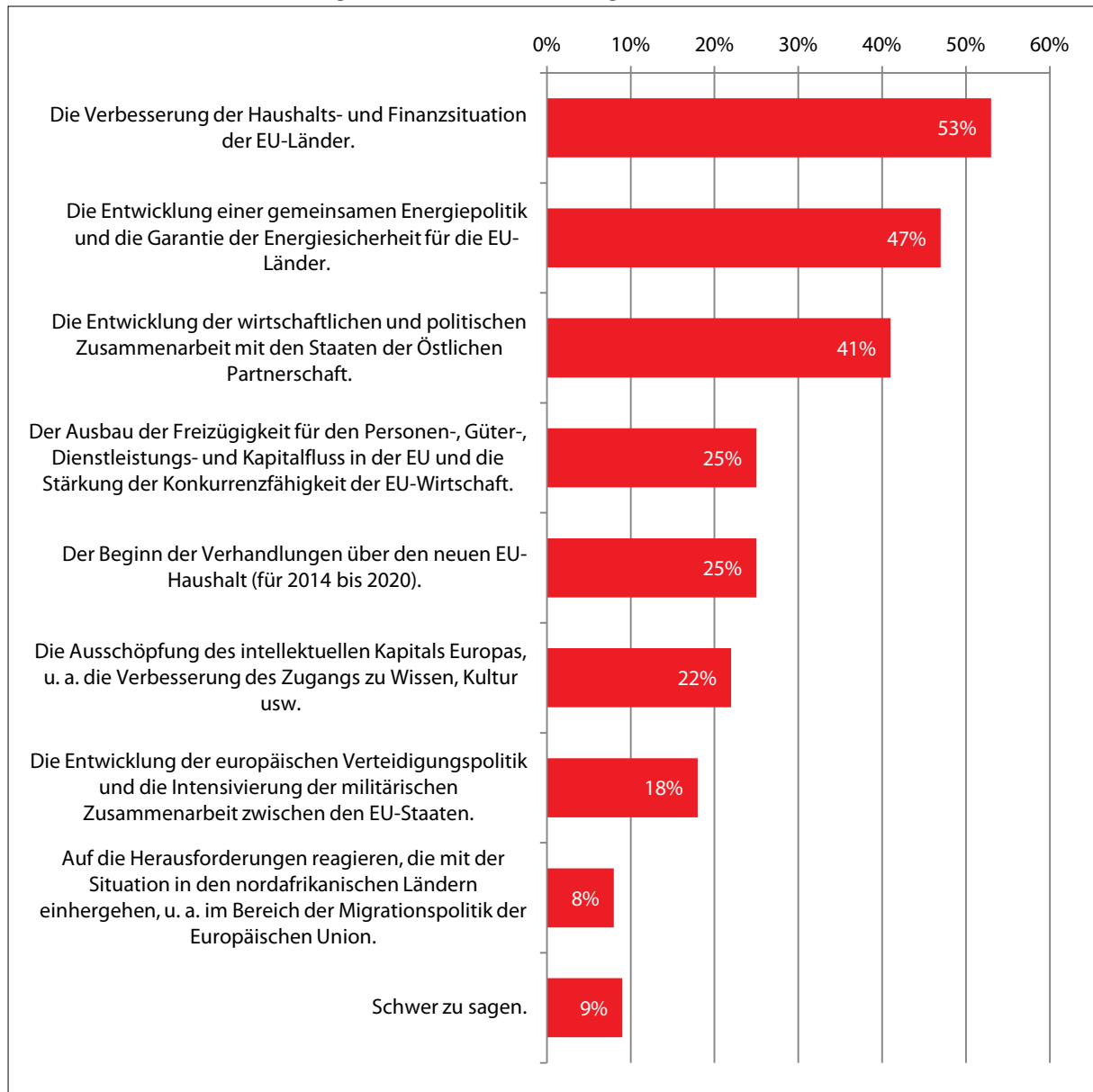
Ich danke Ihnen.

*Übersetzung aus dem Polnischen auf der Grundlage des gesprochenen Wortes
Mit freundlicher Genehmigung der Botschaft der Republik Polen in Berlin*

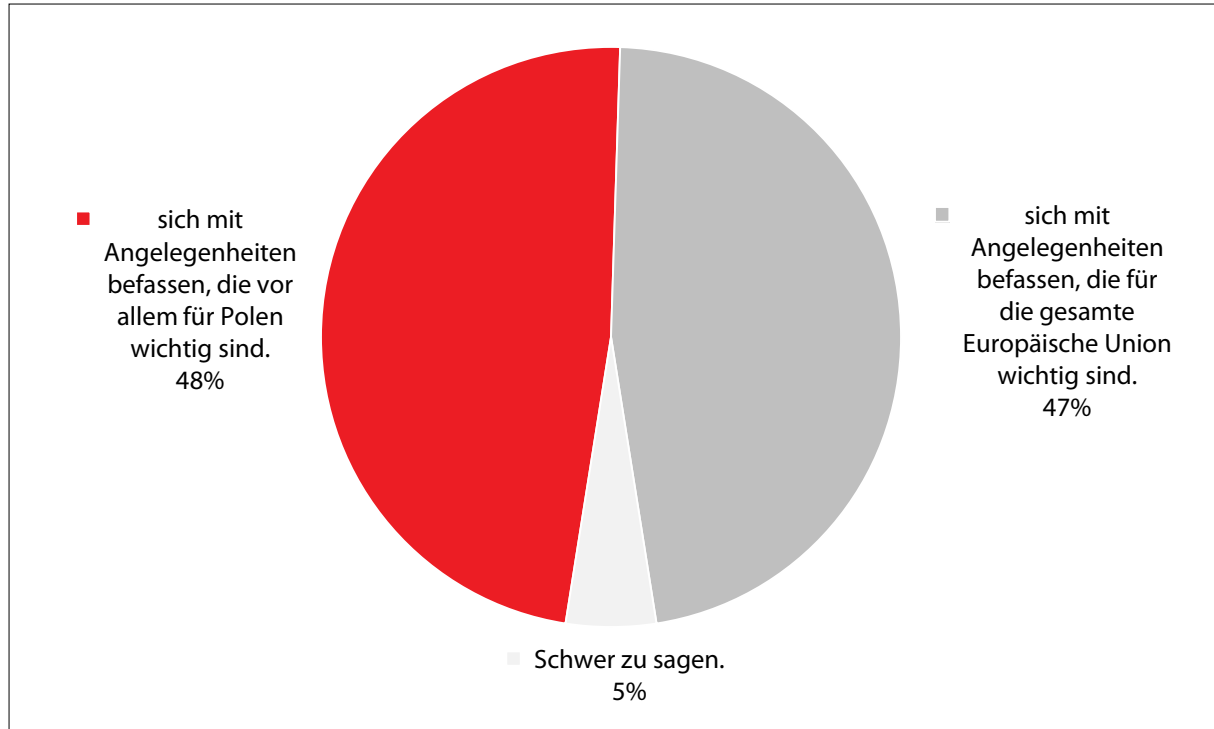
UMFRAGE

Einstellungen der polnischen Bevölkerung zur EU-Ratspräsidentschaft

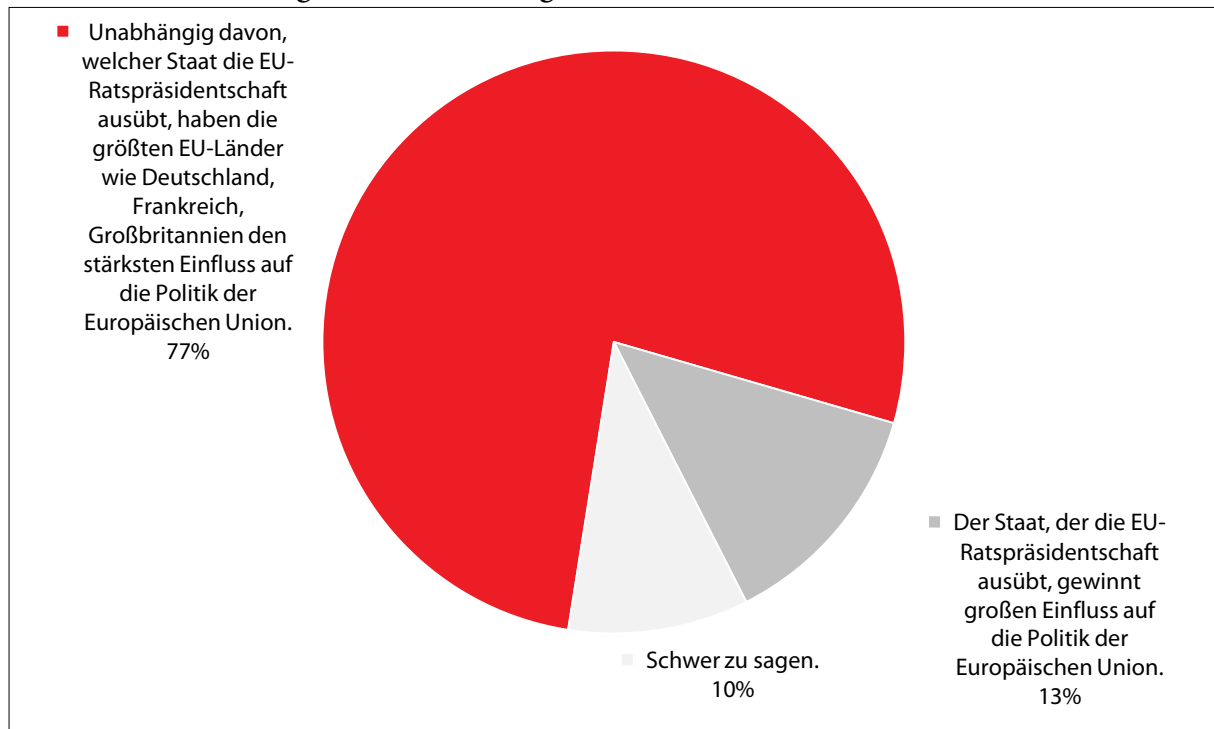
Grafik 1: Es werden verschiedene Bereiche genannt, denen Polen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft besondere Aufmerksamkeit widmen will. Welche der genannten Ziele sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig? (Mai 2011)



Quelle: CBOS, BS/68/2011: *Przed polską prezydenturą w Radzie UE. [Vor der polnischen EU-Ratspräsidentschaft.]* Warszawa, Juni 2011.

Grafik 2: Während seiner EU-Ratspräsidentschaft sollte Polen... (Mai 2011)

Quelle: CBOS, BS/68/2011: Przed polską prezydenturą w Radzie UE. [Vor der polnischen EU-Ratspräsidentschaft.] Warszawa, Juni 2011.

Grafik 3: Welcher der genannten Meinungen stimmen Sie mehr zu? (Mai 2011)

Quelle: CBOS, BS/68/2011: Przed polską prezydenturą w Radzie UE. [Vor der polnischen EU-Ratspräsidentschaft.] Warszawa, Juni 2011.

CHRONIK

Vom 6. Dezember 2011 bis zum 16. Januar 2012

06.12.2011	Die Regierung verabschiedet den Haushalt für 2012. Ausgegangen wird von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 2,5 % und einem Rückgang der Inflation auf 2,8 % (2011: 4,1 %).
08.12.2011	In einer Videoansprache einen Tag vor Beginn des EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs warnt Ministerpräsident Donald Tusk vor den Folgen eines Zusammenbruchs der Eurozone. Sollte die gemeinsame Währung auseinanderbrechen und Deutschland als größter Handelspartner Polens in Schwierigkeiten geraten, werde dies für Polen erhebliche Probleme nach sich ziehen. Zu einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung in der Europäischen Union gebe es keine Alternative, so Tusk.
09.12.2011	Nach Auffassung des Vorsitzenden der Fraktion Solidarisches Polen (Polska Solidarna), Arkadiusz Mularczyk, gibt Polen freiwillig einen Teil seiner Souveränität hinsichtlich der Aufsicht über die polnische Finanzpolitik auf, indem es den Vorschlag von Deutschland auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs zur Rettung des Euro mitgetragen hat. Der Beschluss des EU-Gipfels sieht striktere Regeln zur Haushaltskontrolle der Euro-Staaten und einiger weiterer Staaten, darunter Polen, vor. Mularczyk kündigt an, dass seine Fraktion diesbezüglich einen Antrag auf Einberufung des Rates der Nationalen Sicherheit (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) beim Staatspräsidenten stellen werde und eine Einladung an seine Fraktion erwarte.
10.12.2011	Auf dem Parteitag der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) wird Leszek Miller zum Parteivorsitzenden gewählt. Er übernimmt damit das Amt von Grzegorz Napieralski, der wegen des schlechten Abschneidens der SLD bei den Parlamentswahlen im Herbst zurückgetreten war.
11.12.2011	In einem aus Anlass des 30. Jahrestages der Verhängung des Kriegsrechts veröffentlichten Brief entschuldigt sich General Wojciech Jaruzelski für die negativen Konsequenzen seiner damaligen Entscheidung, welche der Gesellschaft aufgebürdet worden seien. Jedoch sei die Ausrufung des Kriegszustands das kleinere Übel gewesen und sei Polen auf diese Weise vor einer großen Katastrophe gerettet worden.
13.12.2011	Aus Anlass des 30. Jahrestages der Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen verleiht Staatspräsident Bronisław Komorowski ehemaligen Akteuren der Oppositionsbewegung den Orden der Wiedergeburt Polens (Order Odrodzenia Polski).
13.12.2011	Am Marsch für Unabhängigkeit und Solidarität in Warschau, der von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) aus Anlass des 30. Jahrestags der Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen organisiert wurde, nehmen nach Angaben der Veranstalter 5.000–10.000 Personen teil.
14.12.2011	Der Pressesprecher von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Artur Hofman, teilt in einem Radiointerview mit, dass Parteichef Jarosław Kaczyński an seiner Entscheidung festhalte, nicht dem Rat für Nationale Sicherheit (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) beim Staatspräsidenten anzugehören. Grund dafür sei, dass Staatspräsident Bronisław Komorowski ebenso wie Ministerpräsident Donald Tusk die Opposition nicht als Kooperationspartner behandelten. Dies habe sich erneut gezeigt, als vor dem EU-Gipfel zur Eurorettung keine Parlamentsdebatte stattgefunden habe.
15.12.2011	In einer Sejmdebatte zur Europapolitik der Regierung stellt Ministerpräsident Donald Tusk fest, dass die Rettung der Eurozone im Interesse Polens liege, da die Stabilität des Euro Bedeutung für polnische Kreditnehmer habe. Für Polen sei nichts gefährlicher als eine Teilung der Europäischen Union in Länder innerhalb und außerhalb der Eurozone.
15.12.2011	Der Sejm lehnt den Antrag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) auf Abberufung von Außenminister Radosław Sikorski ab. PiS warf Sikorski u. a. seine europapolitische Grundsatzrede in Berlin Ende November vor, in der er vor den Gefahren eines Zusammenbruchs der Eurozone, auch für Polen, warnte und sich dafür aussprach, der Europäischen Kommission größere finanzpolitische Befugnisse einzuräumen.
16.12.2011	Ministerpräsident Donald Tusk begrüßt das Ergebnis eines unabhängigen Gutachtens, dass das im Plenarsaal aufgehängte Kreuz nicht die Verfassung verletzt. Hintergrund ist der Antrag der Palikot-Bewegung (Ruch Pali-kota), das Kreuz im Plenarsaal entfernen zu lassen, da es den säkularen Charakter des Staates verletze.
17.12.2011	Die Fraktion Solidarisches Polen (Polska Solidarna) kündigt einen Gesetzentwurf zur Steuerpolitik an. Demnach soll der Spitzensteuersatz für ein Jahreseinkommen von mehr als 120.000 Złoty von 32 % auf 40 % angehoben werden.
18.12.2011	Aus Anlass des Todes von Václav Havel, führender Bürgerrechtler in der Tschechoslowakei und von 1989 bis 1992 Staatspräsident der Tschechoslowakischen, von 1993 bis 2003 der Tschechischen Republik, ordnet Staatspräsident Bronisław Komorowski an, die Flaggen auf dem Präsidentenpalast und dem Belvedere in Warschau auf Halbmast zu setzen.

19.12.2011	Finanzminister Jacek Rostowski beziffert den Anteil Polens am Internationalen Währungsfond (IWF) zur Stabilisierung der Eurokrise auf zirka 6 Mrd. Euro. Die Summe verbleibe bei der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) und stehe dem IWF zur Verfügung.
20.12.2011	Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, teilt mit, dass die Landesregierung an Polen appellieren wolle, die Pläne zum Bau eines Atomkraftwerks in Nordpolen im Interesse der Bevölkerung beiderseits der Grenze noch einmal zu überdenken.
21.12.2011	Zum Abschluss seines mehrtägigen Besuches in der Volksrepublik China wird Staatspräsident Bronisław Komorowski vom chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao empfangen. Auf einem polnisch-chinesischen Investitionsforum in Schanghai und einem Wirtschaftsforum in Peking waren vorher verschiedene polnisch-chinesische Abkommen unterzeichnet worden. Außerdem haben beide Länder einen Vertrag über eine strategische Partnerschaft unterzeichnet. Die Fluggesellschaften PLL Lot und Air China beabsichtigen, ab Juni 2012 eine direkte Flugverbindung zwischen Warschau und Peking zu eröffnen.
22.12.2011	Ministerpräsident Donald Tusk und Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak nehmen in der afghanischen Provinz Ghazni an der Trauerfeier für fünf polnische Soldaten teil, die bei einem Einsatz ums Leben kamen. Ursprünglich war der Besuch als Weihnachtsbesuch geplant.
24.12.2011	In einem Fernsehinterview bewertet Staatspräsident Bronisław Komorowski die EU-Ratspräsidentschaft Polens in der zweiten Jahreshälfte 2011 positiv. Polen musste aktuell auf die Schuldenkrise und die Krise der Eurozone reagieren sowie auf die Krise in Nordafrika und im Nahen Osten und habe dies gut gemeistert. Weitere Erfolge der polnischen Ratspräsidentschaft seien u. a. die Verabschiedung des sogenannten Six-Pack (sechs europäische Gesetzgebungsmaßnahmen zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes) und die Beschleunigung des Annäherungsprozesses der Ukraine an die EU.
27.12.2011	Marek Jurek, Vorsitzender der Rechten der Republik (Prawica Rzeczypospolitej) und ehemaliger Sejmmarschall, teilt mit, dass konzeptionelle Arbeiten für ein gemeinsames übergreifendes Programm mit der politischen Gruppierung um Zbigniew Ziobro, Solidarisches Polen (Solidarna Polska), stattfinden würden, um eine rechts-konservative Gruppierung zu gründen.
28.12.2011	Nach dem neuesten Bericht des Amtes zum Schutz der Konkurrenz und der Konsumenten (Urząd Ochrony Konkurencji i Klientów – UOKiK) wurde im Jahr 2010 finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von mehr als 24 Mrd. Złoty gewährt. Im Jahr 2009 betrug die Summe 19,17 Mrd. Złoty. An erster Stelle standen Steuererleichterungen und Zuwendungen.
29.12.2011	Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak teilt mit, dass der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Ende 2011 bei 4 % liegt. Im Jahr 2010 betrug das Wachstum 3,9 %.
30.12.2011	Der stellvertretende Finanzminister Dominik Radziwiłł teilt mit, dass aktuellen Schätzungen nach die Staatsverschuldung im Jahr 2011 nicht über 54 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen wird. Bei einer Staatsverschuldung ab 55 % des BIP müssten Maßnahmen ergriffen werden, die zu einem ausgeglichenen Haushalt führen sollten, beispielsweise Einsparungen im öffentlichen Haushalt und Steuererhöhungen.
31.12.2011	In seiner Silvesteransprache hebt Ministerpräsident Donald Tusk hervor, dass Polen in der gegenwärtigen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise für Ordnung und eine gesunde Wirtschaft stehe. Die Polen seien nun bekannt für ihren Fleiß, ihr Verantwortungsbewusstsein und ihr Organisationstalent.
01.01.2012	In seiner Neujahrsansprache geht Staatspräsident Bronisław Komorowski auf die beendete EU-Ratspräsidentschaft Polens im zweiten Halbjahr 2011 ein und betont, dass sich Polen als guter und effektiver Organisator der europäischen Angelegenheiten in Zeiten der Krise bewiesen habe.
02.01.2012	Zbigniew Ziobro, Jacek Kurski und Ludwik Dorn, Vorsitzende der politischen Gruppierung Solidarisches Polen (Solidarna Polska), sprechen sich für ein europäisches Referendum zur Aufhebung der Vereinbarungen des Klimapakets aus. Experten zweifelten den globalen Klimawandel zunehmend an, so dass die dafür bestimmten Gelder sinnvoller zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden könnten.
03.01.2012	Die Fraktionen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Solidarisches Polen (Solidarna Polska) und der Palikot-Bewegung (Ruch Palikota) fordern den Rücktritt von Gesundheitsminister Bartosz Arłukowicz. Hintergrund sind die Proteste von Patienten, Ärzten und Apothekern, die das seit 1. Januar geltende neue Arzneimittelgesetz begleiten.
04.01.2012	Die Regierung stimmt dem Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Landwirte zu. Demnach berechnen sich die Beiträge für die Krankenkasse nach dem Landbesitz. Landwirte, die mehr als 6 ha besitzen, sollen einen Złoty pro Hektar Versicherungsbeitrag zahlen. Bei Höfen bis 6 ha übernimmt der Staat den Versicherungsbeitrag. Angestrebt wird, das Gesetz ab 1. Februar in Kraft treten zu lassen.

05.01.2012	Nach Angaben des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik, Władysław Kosiniak-Kamysz, betrug die Arbeitslosenquote im Dezember 2011 12,5 % (November 2011: 12,1 %). Dies sind 1,983 Mio. Arbeitslose.
06.01.2012	In einem auf der Webseite des Finanzministeriums veröffentlichten Brief an den EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn erläutert Finanzminister Jacek Rostowski, dass das Haushaltsdefizit Polens im Jahr 2011 voraussichtlich 5,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen wird. Polen sei aber entschlossen, den Haushalt zu konsolidieren und für das Jahr 2012 die von der Europäischen Kommission gesetzten 3 % des BIP nicht zu überschreiten.
09.01.2012	In Posen begeht der Militärstaatsanwalt Mikołaj Prybył in der Pause einer Pressekonferenz einen Selbstmordversuch. Er überlebt und wird in ein Krankenhaus gebracht. Als Hintergrund wird ein Konflikt zwischen der Generalstaatsanwaltschaft und der Militärstaatsanwaltschaft vermutet.
10.01.2012	Die Regierung stimmt dem Entwurf einer Gesetzesnovelle zum Arzneimittelgesetz zu. Vorangegangen waren Proteste von Patienten, Ärzten und Apothekern zu dem neuen Arzneimittelgesetz, das am 1. Januar in Kraft trat.
11.01.2012	Der Kommissar für Finanzplanung und Haushalt der Europäischen Union, Janusz Lewandowski, teilt mit, dass die Europäische Kommission die Anstrengungen Polens positiv bewertet, die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren. Die Kommission geht davon aus, dass das Haushaltsdefizit Polens im Jahr 2012 nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen wird.
12.01.2012	Das Warschauer Kreisgericht spricht nach vier Jahren Verhandlung Urteile im Prozess gegen hohe Funktionäre der Volksrepublik Polen, die der Vorbereitung und Verhängung des Kriegsrechts (1981–1983) angeklagt sind. General Czesław Kiszczak, ehemaliger Innenminister, wird zu vier Jahren Haft verurteilt (aufgrund einer Amnestieregelung umgewandelt in zwei Jahre auf Bewährung), Eugenia Kempa, ehemaliges Mitglied des Staatsrats, wird schuldig gesprochen (hier greift jedoch eine Verjährung), Stanisław Kania, ehemaliger Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR), wird für unschuldig erklärt. Gegenwärtig laufen noch Prozesse gegen General Wojciech Jaruzelski, ehemaliger Ministerpräsident und Erster Sekretär der PZPR, und General Florian Siwicki, im betreffenden Zeitraum Chef des Generalstabs.
13.01.2012	Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und die Palikot-Bewegung (Ruch Palikota) reichen zwei gemeinsame Gesetzentwürfe zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ein. Der eine betrifft den Partnerschaftsvertrag, der die Rechte in der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft regeln soll, der zweite die Rechte und Pflichten, die der Staat für die gleichgeschlechtliche Partnerschaft festlegt.
15.01.2012	Der israelische Außenminister Avigdor Liberman kommt auf Einladung seines Amtskollegen Radosław Sikorski zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch nach Polen. Thematisiert werden u. a. die Ereignisse des sogenannten arabischen Frühlings, der Friedensprozess im Nahen Osten, das iranische Atomprogramm und die Spannungen im Persischen Golf. Vorgesehen sind auch Treffen mit Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak, Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak und Vertretern der Außenpolitischen Ausschüsse von Sejm und Senat.
16.01.2012	Der ehemalige Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Jerzy Stępień, plädiert in einem Radiointerview dafür, die Anzahl der Abgeordneten im Sejm zu reduzieren. Auf diese Weise könnten externe Experten bezahlt werden, die den Gesetzgebungsprozess begleiten würden. So könnten Unstimmigkeiten in den Gesetzen und die Notwendigkeit von Nachbesserungen wie gegenwärtig beim neuen Arzneimittelgesetz vermieden werden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLLEN-ANALYSEN

Die Pollen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Pollen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Pollen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/pollen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-pollen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Pollen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Pollen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Pollen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Pollen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Pollen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der knapp 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-pollen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Pollen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Pollen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Pollen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2012 by Deutsches Pollen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Pollen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: pollen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/pollen